



DER EUROPÄISCHE OZEANPAKT

POSITIONSPAPIER DER EVP-FRAKTION



Die EVP-Fraktion begrüßt die Initiative des Europäischen Ozeanpakts, da es an der Zeit ist, dass die EU, die über die weltweit größte ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) verfügt, ihre Führungsrolle im maritimen Bereich übernimmt. Diese Führungsrolle geht Hand in Hand mit der Verantwortung für die Organisation und den Erhalt der Natur. Die EVP wird einen ehrgeizigen Ozeanpakt unterstützen, der für eine umfassende maritime Strategie der EU steht. Diese Strategie ist von zentraler Bedeutung für Ernährungssouveränität, Sicherheit und Verteidigung, Umwelt, Energie, Handel, Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation sowie für die Förderung einer starken und widerstandsfähigen einheimischen Fischerei und Aquakultur im Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung.

EU-AWZ



1. Ein Ozeanpakt zugunsten der „Blue Economy“

Ein ausgewogener Ansatz für eine wettbewerbsfähige „Blue Economy“

Die drei Säulen der Nachhaltigkeit müssen bei jeder Tätigkeit auf See beachtet werden, um Wirtschaftsaktivität, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Die sogenannte Blue Economy schafft direkt und indirekt Arbeitsplätze und ist das Rückgrat der Küstengemeinden, insbesondere der kleinen Küstenfischerei; sie spielt eine kulturelle und identitätsstiftende Rolle, trägt zum regionalen Zusammenhalt bei und bewahrt die europäische Lebensart.

- Die EVP-Fraktion begrüßt die Aufnahme des Ozeanpakts in den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und steht an der Seite der Akteure der blauen Wirtschaft, die gleichzeitig mit Überregulierung und Bürokratie, unlauterem Wettbewerb, Qualifikationsdefiziten, den Herausforderungen des Generationswechsels, der Überalterung der Flotte und geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten zu kämpfen haben.
- Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Wettbewerbsfähigkeit und die Modernisierung der Flotte zu verbessern. Um dies zu erreichen, spricht sich die EVP-Fraktion dafür aus, das Konzept der EU-Fangkapazitätsobergrenze in Kilowatt (kW) und Bruttoreaumzahl (BRZ), die für jedes EU-Land festgelegt wurde, neu zu gestalten und an die neuen Technologien und Anforderungen in Bezug auf Sicherheit, Dekarbonisierung oder Arbeitsbedingungen anzupassen (die sogenannte „soziale Tonnage“). Generell fordert die EVP-Fraktion die Europäische Kommission nachdrücklich auf, die rechtlichen Hindernisse und finanziellen Beschränkungen in der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) unverzüglich zu beseitigen, um die Flotte zu dekarbonisieren und zu erneuern, insbesondere für die Fischereiflotte der Regionen in äußerster Randlage, sowie den Verwaltungsaufwand zu verringern.
- Die EVP lehnt die Hochsee- und kleine Küstenfischerei nicht ab, ist jedoch der Ansicht, dass der Ozeanpakt speziell die kleine Küstenfischerei anerkennen und eine mehrjährige Festsetzung sowie eine gerechte Verteilung der Quoten fördern sollte, um sowohl für die Fischer als auch für die Verarbeitungsunternehmen Planbarkeit zu gewährleisten.
- Im Rahmen des Ozeanpakts setzt sich die EVP für die Förderung von Arbeitsplätzen und Karrieremöglichkeiten in der Fischerei und Aquakultur in der gesamten EU ein. Diese Initiative sollte mit einem Plan zur Erneuerung der Flotte einhergehen, um die Leistung, das Image und die Attraktivität des Sektors zu erhöhen. Darüber hinaus sollte ein Generationenplan zur Anerkennung von Befähigungszeugnissen, zur Erleichterung der Mobilität und zur Organisation von Ausbildungsprogrammen durch die Umsetzung des STCW-F in EU-Recht durchgeführt werden.
- Die EVP-Fraktion betont, dass die Fischerei für viele abgelegene und ländliche Küstengemeinden mehr als nur ein Wirtschaftszweig ist – sie stellt eine Lebensader für die soziale Resilienz, die kulturelle Kontinuität und das wirtschaftliche Überleben dar. Der Ozeanpakt muss ortsbezogene Strategien unterstützen, um die lokale Beschäftigung zu fördern, die Entvölkerung zu verhindern und traditionelle Wissenssysteme in den Fischereigemeinden zu erhalten.



Die Ozeane sind ein strategischer Vorteil für die Wirtschaftskraft

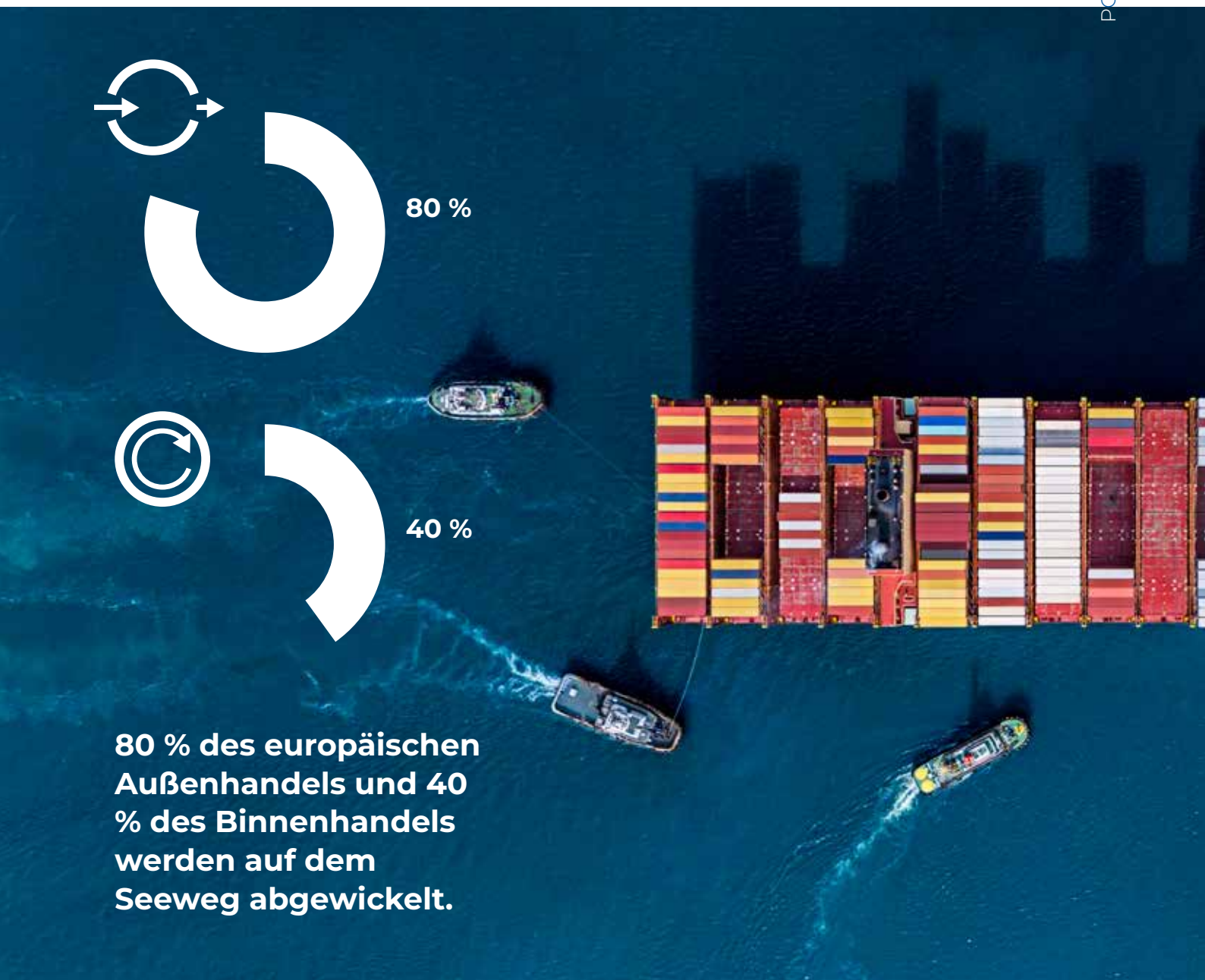
80 % des europäischen Außenhandels und 40 % des Binnenhandels werden auf dem Seeweg abgewickelt. Kritische Infrastrukturen in den Meeren, die die EU umgeben, sind von strategischem Wert, insbesondere in der derzeitigen angespannten geopolitischen Lage. Maritime Technologien sind auch für die europäische Verteidigung und Sicherheit von entscheidender Bedeutung und spielen für die strategische Autonomie Europas eine Schlüsselrolle.

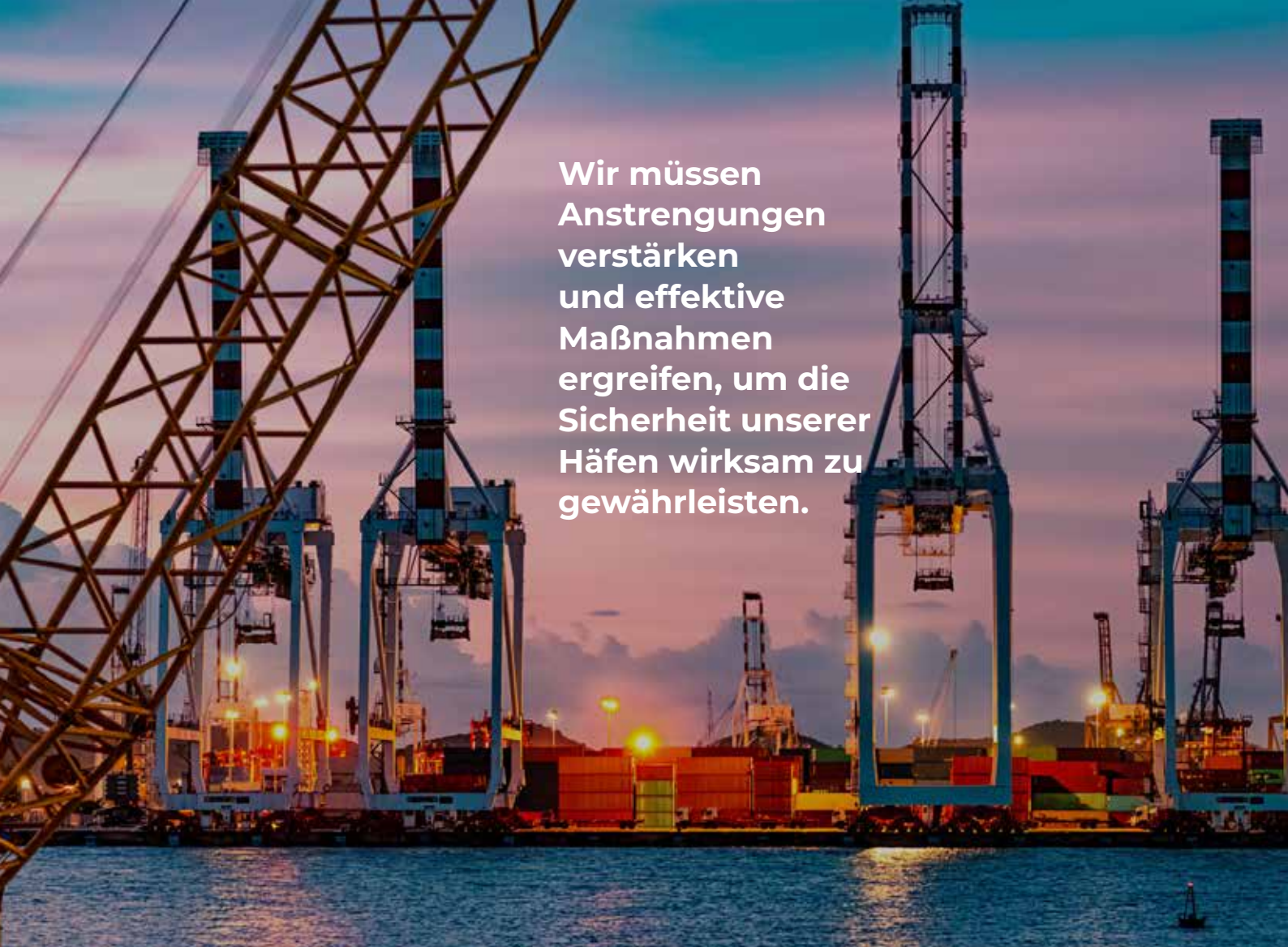
- Die EVP-Fraktion unterstreicht die wachsende Bedeutung der maritimen Dimension für die Sicherheit der EU. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die Freiheit der Meere zu verteidigen, den rechtmäßigen Seehandel zu schützen und den legalen Waren- und Personenverkehr zu sichern, sowie

die strategischen Güter der EU zu schützen, insbesondere die Sicherheit von Unternehmen und Infrastrukturen, die an der blauen Wirtschaft beteiligt sind, wie Häfen und Seekabel. Digitale Unterseekabel und Energiekabel sind für die globale Konnektivität und wirtschaftliche Stabilität von entscheidender Bedeutung, da sie den Großteil der internationalen Kommunikation übertragen. Es sind höhere Investitionen erforderlich, um die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit zu verstärken, u. a. durch die Einrichtung von Schnellreparaturflotten und verbesserten Reparaturkapazitäten, um eine rasche Wiederherstellung und ununterbrochene Dienste zu gewährleisten, während gleichzeitig die internationale Zusammenarbeit und EU-geführte Initiativen zur Unterstützung von Infrastrukturwartung, Redundanz und Regulierungsmaßnahmen für



80 % des europäischen Außenhandels und 40 % des Binnenhandels werden auf dem Seeweg abgewickelt.





**Wir müssen
Anstrengungen
verstärken
und effektive
Maßnahmen
ergreifen, um die
Sicherheit unserer
Häfen wirksam zu
gewährleisten.**

einen sicheren und fairen Zugang gefördert werden.

- In Anbetracht der Tatsache, dass EU-Häfen zunehmend von kriminellen Organisationen als Einfallstore für illegale Drogen missbraucht werden, müssen wir unsere Anstrengungen verstärken und effektive Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit unserer Häfen wirksam zu gewährleisten.
- Darüber hinaus muss die EU ihre strategische Infrastruktur gegen Sabotage oder digitale Störungen schützen, wie sich anhand der Präsenz der russischen Schattenflotte zeigt, die die EU-Sanktionen umgeht und ein erhebliches Sicherheits- und Umweltrisiko darstellt.
- Die EVP-Fraktion fordert die Einführung eines „maritimen Reflexes“ in der gesamten EU-Politik und die Schaffung einer maritimen

Dimension für den „Clean Industrial Deal“.

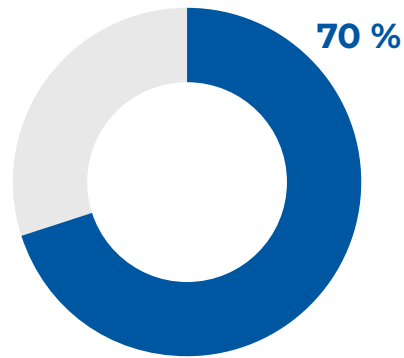
- Die EVP-Fraktion unterstützt ein europäisches maritimes Industriebündnis, das anerkennt, dass alle maritimen Sektoren in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Übergang und Nutzung des Ozeans nach dem Beispiel der maritimen Raumplanung voneinander abhängig sind.
- Die EVP-Fraktion fordert auch eine Vereinfachung der Umweltgesetze, einen Abbau von Bürokratie und eine Beschleunigung der Verfahren, um die konkurrierenden Interessen von Sektoren wie Aquakultur, Fischerei und Energieerzeugung auszugleichen. Daher fordert die EVP-Fraktion eine Überprüfung der maritimen Raumplanung und eine Untersuchung, ob pauschale Ausnahmen von Netzprojekten von den Prüfungen gemäß Artikel 4 der Wasserrahmenrichtlinie und Artikel 1 und 5 der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie dazu beitragen könnten, Netzprojekte unter Berücksichtigung der traditionellen Fischereigründe zu beschleunigen.

2. Ernährungssicherheit und strategische Ernährungsautonomie im Mittelpunkt des Ozeanpakts

A Fischereierzeugnisse: Eine strategische Rolle für die Ernährungssicherheit

Das Meer ist eine Quelle gesunder, nährstoffreicher und kohlenstoffarmer Proteine, auf die viele Gemeinschaften für ihre Ernährung angewiesen sind. Als zweitgrößter Markt für Fischereierzeugnisse weltweit ist die EU bei über 70 % ihrer Fischereierzeugnisse von Einfuhren abhängig, was unsere Ernährungssicherheit und -autonomie einschränkt.

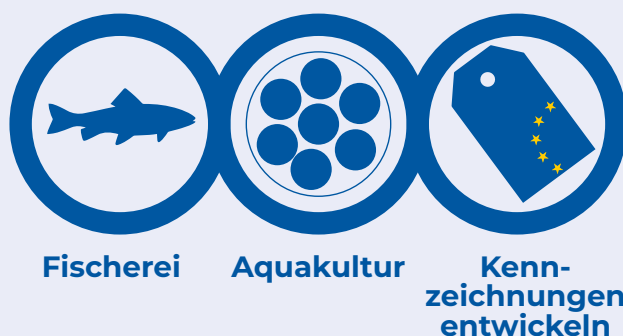
- Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Modernisierung der Flotte und zur Stärkung der maritimen wirtschaftlichen Souveränität Europas zu ergreifen.
- Die EVP-Fraktion betont, dass eine drastische Einschränkung der europäischen Fischereitätigkeit im Namen der Bestandserhaltung die Abhängigkeit von Importen aus Drittländern erhöhen würde, die nicht die gleichen sozialen und ökologischen Standards einhalten.
- Die EVP-Fraktion schlägt vor, einen „Blue-Food-Aktionsplan“ aufzustellen, der die Fischerei und die Aquakultur im Einklang mit der EU-Vision für Landwirtschaft und Ernährung stärkt. Des Weiteren sollten Kennzeichnungen auf europäischer und globaler Ebene entwickelt
- Die EVP-Fraktion unterstützt die Sensibilisierung für die Vorteile von Fisch und Meeresfrüchten für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), insbesondere in Bezug auf Hunger, Ernährung und Nachhaltigkeit für Millionen von Existenzen.
- Insbesondere vor dem Hintergrund starker geopolitischer Spannungen fordert die EVP-Fraktion einen Ozeanpakt, der die heimische Fisch- und Meeresfrüchteproduktion der EU durch Fischerei, Aquakultur und deren verarbeitende Industrie stärkt, die als strategische Sektoren anerkannt werden müssen.
- Auf EU-Ebene muss der Ozeanpakt der Schlüssel zur Umkehrung des rückläufigen Trends beim Verbrauch von europäischen Fischen und Meeresfrüchten sein, indem er den Verbrauch nachhaltiger und/oder zertifizierter europäischer Produkte, einschließlich europäischer Verarbeitungserzeugnisse,



Die EU ist bei mehr als 70 % ihrer Fischereierzeugnisse von Einfuhren abhängig, was unsere Ernährungssicherheit und -autonomie einschränkt.

werden, die mehr Transparenz in die Lieferkette bringen, insbesondere in Restaurants.

Die EVP-Fraktion schlägt vor, einen „Blue-Food-Aktionsplan“ zu erstellen.



fördert. Um dies zu erreichen, fordern wir die Kommission auf, den Sektor aktiv in die Vereinfachungspakete der EU einzubeziehen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern.

B Förderung der EU-Aquakultur

Die Aquakultur birgt ein beträchtliches ungenutztes Potenzial und ist mit verschiedenen Einschränkungen und Wachstumshemmnissen konfrontiert. Zu diesen Herausforderungen gehören die Zersplitterung des Sektors, die im Vergleich zu anderen Ländern höheren Produktionskosten, die strengen Vorschriften, der begrenzte Raum, die Hindernisse beim Zugang zu Wasser, die Schwierigkeiten beim Erhalt von Lizenzen und der eingeschränkte Zugang zu Finanzmitteln.

- Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, eine gemeinsame Aquakulturpolitik auf der gleichen Grundlage wie die GFP zu schaffen und quantifizierte Ziele für die Entwicklung der Aquakultur festzulegen, um sicherzustellen, dass sie bei der notwendigen Schlichtung der maritimen Raumplanung angemessen berücksichtigt wird, einschließlich der Muschel- und Algenproduktion.
- Im Rahmen des Ozeanpakts fordert die EVP-Fraktion die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, rasche Maßnahmen für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Aquakultur in Europa zu ergreifen, den bürokratischen Aufwand zu verringern, die Verwaltungsabläufe zu beschleunigen, Rechtsmittel für Projekte, die der Ernährungssicherheit dienen, zu beschleunigen, den Zugang zu Wasser (d. h. Meerwasser, Süßwasser, Brackwasser) und

Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission auf, eine gemeinsame Aquakulturpolitik auf der gleichen Grundlage wie die GFP zu schaffen.

Küstengebieten zu ermöglichen, indem der Zugang zu Land mit der EIB und den lokalen Behörden vereinfacht und unterstützt wird, sowie die Wasserqualität zu verbessern.

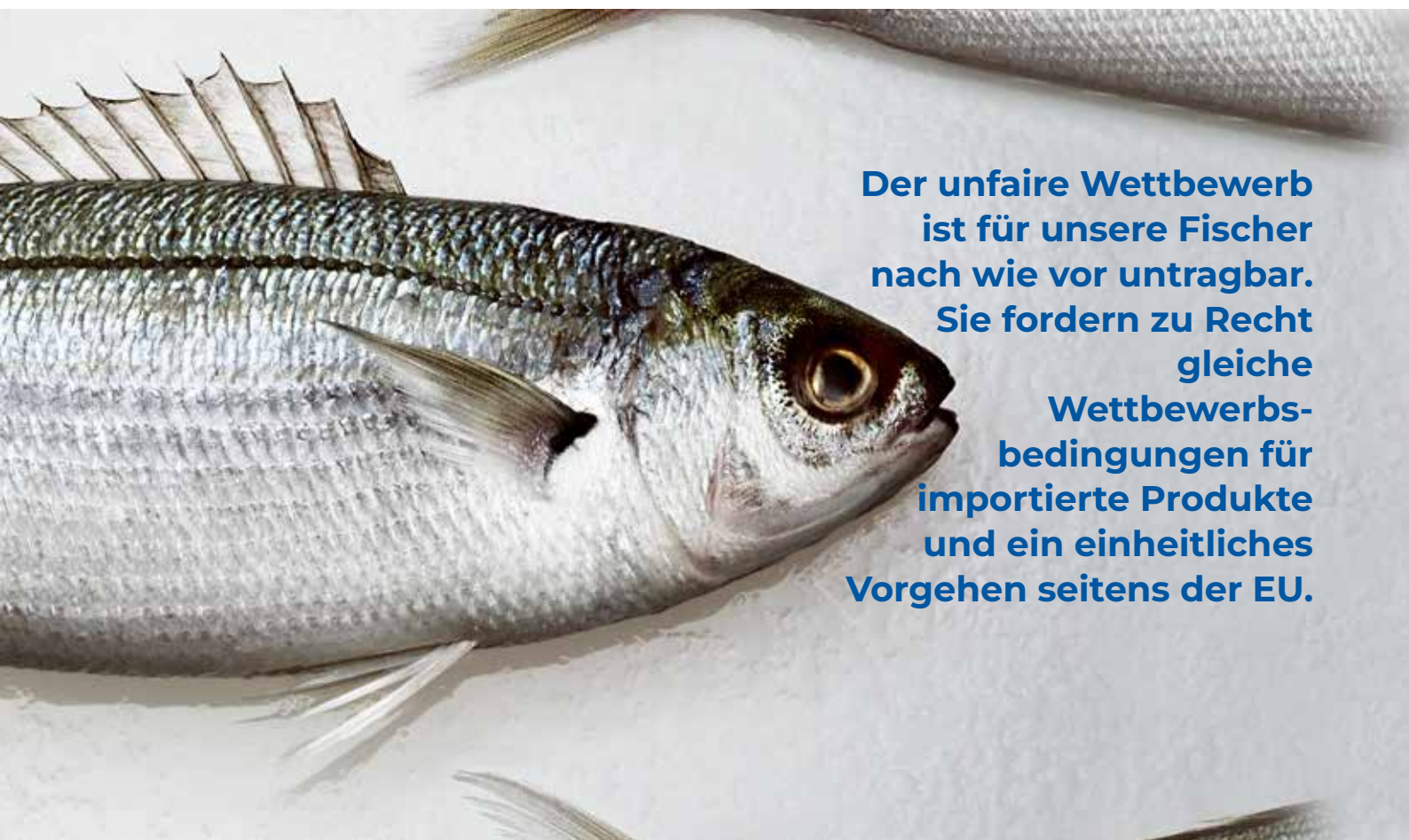
- Die EVP-Fraktion ermutigt die Mitgliedstaaten, Aquakulturprojekte mit grenzüberschreitenden Aspekten innerhalb der EU zu koordinieren und die Aquakulturproduktion zu entwickeln, indem sie Diversifizierung, Effizienz und geringere Umweltauswirkungen fördern.
- Unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels schlägt die EVP-Fraktion vor, die Öffentlichkeit für neue Raubtiere oder invasive Arten in Aquakulturbetrieben zu sensibilisieren, die für den menschlichen Verzehr geeignet sein können, und alle Beteiligten, von den Fischern bis zu den Köchen, in diese Kampagnen einzubeziehen.

3. Externe Dimensionen des Ozeanpakts

A Wettbewerbsgleichheit

Der Null-Toleranz-Ansatz gegenüber der IUU-Fischerei (illegale, unangemeldete und unregulierte Fischerei) bleibt eine Priorität für die EU. Der Beweis dafür ist, dass die europäische Fischerei die anständigste und am stärksten regulierte der Welt ist. Der unfaire Wettbewerb ist für unsere Fischer jedoch nach wie vor untragbar. Sie fordern zu Recht gleiche Wettbewerbsbedingungen für importierte Produkte und ein einheitliches Vorgehen seitens der EU.

- Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission auf, den Ozeanpakt zu nutzen, um unsere europäischen Standards auf internationaler Ebene sowie in regionalen Fischereiorganisationen, SFPAs, Freihandelsabkommen und internationalen Foren zu fördern und gleichzeitig die europäischen Akteure aktiv zu verteidigen, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und unsere Fischereikette vor unfairem globalen Wettbewerb zu schützen.
- Die EVP-Fraktion drängt darauf, die Kontrollen in den Häfen und beim Zoll zu verstärken und eine neue EU-Zollagentur in vollem Umfang zu nutzen, um die Rückverfolgbarkeit zu verbessern, insbesondere durch das in der neuen Kontrollverordnung vorgesehene eCatch-System. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, alle Einfuhren von Fischereierzeugnissen aus nicht kooperativen Ländern zu registrieren und im Falle einer Untersuchung die Erhebung rückwirkender Zölle und Abgaben zu ermöglichen.
- Die EVP-Fraktion fordert die verbindliche Aufnahme von Gegenseitigkeitsklauseln in Bezug auf die Ozeane oder Spiegelmaßnahmen für Fische und Meeresfrüchte in Handelsabkommen, um sicherzustellen, dass importierte Produkte dieselben Standards in Bezug auf Nachhaltigkeit, Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz erfüllen wie europäische Produkte, sowie die Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien in allen Handelsinstrumenten, einschließlich autonomer Zollkontingente.



Der unfaire Wettbewerb ist für unsere Fischer nach wie vor untragbar. Sie fordern zu Recht gleiche Wettbewerbsbedingungen für importierte Produkte und ein einheitliches Vorgehen seitens der EU.

Die EVP-Fraktion unterstützt auch massive Gegenmaßnahmen gegenüber Drittländern, deren Fischereifahrzeuge oder offizielle Flotte provokativ oder gewaltsam gegen EU-Fischereifahrzeuge vorgehen.



- Die EVP-Fraktion unterstützt weiterhin die Entwicklung der regionalen Fischereiorganisationen, denen die EU und die Mitgliedstaaten angehören sollten, und fordert die Kommission auf, die Kürzung der Quoten in den regionalen Fischereiorganisationen zugunsten von Drittländern zu begrenzen.
- Die EVP-Fraktion unterstützt auch massive Gegenmaßnahmen gegenüber Drittländern, deren Fischereifahrzeuge oder offizielle Flotte provokativ oder gewaltsam gegen EU-Fischereifahrzeuge vorgehen, insbesondere im Mittelmeer oder in den Regionen in äußerster Randlage, wo es moderne Piraterie gibt.
- Die EVP-Fraktion ist besorgt über die illegalen Fangtätigkeiten von Schiffen aus Drittländern, die in EU-Gewässern oder in deren Nähe operieren, insbesondere in wirtschaftlich sensiblen Fischereigründen, die für die lokale Bevölkerung lebenswichtig sind. Der Ozeanpakt muss stärkere gemeinsame Überwachungsmechanismen und reaktionsschnelle Durchsetzungsinstrumente beinhalten, um unerlaubten oder unzulässigen Zugang von Flotten aus Drittländern zu verhindern.
- Generell fordert die EVP-Fraktion, die Sicherheit und die wirtschaftliche Sicherheit der Europäischen Union zu gewährleisten, indem sie im Rahmen des Ozeanpakts eine Strategie für die maritime Sicherheit entwickelt, die Bedrohungen in allen maritimen Bereichen durch integrierte zivile, militärische und kommerzielle Zusammenarbeit begegnet.
- Die EVP-Fraktion fordert einen Ozeanpakt, der Drittländer in das EU-Kartensystem einbezieht, um sie zu veranlassen, nach einer roten Karte dieselben Maßnahmen wie die EU zu ergreifen. In diesem Sinne fordert die EVP-Fraktion, die Maßnahmen der GD MARE gegen die IUU-Fischerei zu verstärken und sogar die militärischen Missionen der EU zur Kontrolle und Bekämpfung der IUU zu intensivieren.
- Die EVP-Fraktion unterstützt die Erhebung von Informationen mithilfe innovativer Technologien (wie KI-Tools und die Nutzung von Satellitendaten – Copernicus –), um die Überwachung der Ozeane abzudecken, auch in Zusammenarbeit mit Fischern und Nichtregierungsorganisationen hinsichtlich der Praktiken von Schiffen aus Drittländern, aber auch durch die Organisation eines Netzwerkes von „Wachsamen Fischern“, die Daten über IUU-Fischerei oder Schiffe, die ohne VMS navigieren, sammeln und übermitteln.
- Schließlich fordert die EVP-Fraktion, die maritime Sicherheit zu einem zentralen Bestandteil des auswärtigen Handelns der EU zu machen, und schlägt vor, den EAD in die Sensibilisierung für die strategische Rolle des Ozeanpakts einzubeziehen. Zudem fordert sie, dass in den EU-Vertretungen eigens für Ozeanpolitik zuständige Beamte mit

entsprechenden Fachkenntnissen eingesetzt werden.

B Die Notwendigkeit einer starken Führung

Der Ozeanpakt erfordert eine starke Führung, um international vollständig umgesetzt zu werden.

- Die EVP-Fraktion fordert ein Bottom-up-Konzept für die gesamte europäische Meerespolitik sowie eine stärkere Zusammenarbeit und einen ständigen Dialog mit dem Sektor und den wichtigsten Akteuren, um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften kohärent sind und breite Unterstützung finden. Wir erwägen auch eine Neugestaltung der integrierten Meerespolitik der EU und eine Überarbeitung der europäischen Richtlinie über die maritime Raumordnung, um die verschiedenen Nutzungsarten des maritimen Raums, der zunehmend umkämpft ist, besser zu integrieren und auszubalancieren.
- Die EVP-Fraktion plädiert für regelmäßige Konsultationen zu Legislativvorschlägen mit allen relevanten Interessengruppen, einschließlich der kleinen Küstenfischerei, und schlägt vor, einen Mechanismus zu schaffen, der die wichtigsten öffentlichen, privaten und institutionellen Interessengruppen zusammenführt, um die Entwicklungen des Ozeanpakts zu bewerten und sicherzustellen, dass er einen ökosystembasierten Ansatz und eine ganzheitliche Vision umfasst. Darüber hinaus schlägt die EVP-Fraktion vor, auf europäischer Ebene zweimal jährlich „Ozean-Gipfeltreffen“ mit allen betroffenen Ministern zur konkreten Umsetzung des Ozeanpakts zu veranstalten, „maritime Arbeitsgruppen“ zum Thema Meerespolitik innerhalb der EU-Institutionen einzurichten und eine starke und dynamische Ozeandiplomatie zu entwickeln.
- Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den europäischen Agenturen wie EMSA, Frontex, EFCA und EUSPA ist für die EVP-Fraktion von zentraler Bedeutung, um die Interoperabilität und eine effiziente Steuerung des Ozeanpakts zu gewährleisten und die Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Partnern zu vertiefen, um die Kontrolle der Seegrenzen zu verstärken und transnationalen Bedrohungen zu begegnen.

Verbesserte Zusammenarbeit zwischen den europäischen Agenturen spielt für die EVP-Fraktion die entscheidende Rolle.



EMSA
Europäische
Agentur
für die
Sicherheit
des
Seeverkehrs



FRONTEx
Europäische
Agentur für
Grenz- und
Küstenwache



EFCA
Europäische
Fischerei-
aufsichts-
agentur



EUSPA
EU-Agentur für
das Raumfahrt-
programm

4. Gesunde Ozeane – Förderung und Weiterentwicklung meereswissenschaftlicher Erkenntnisse

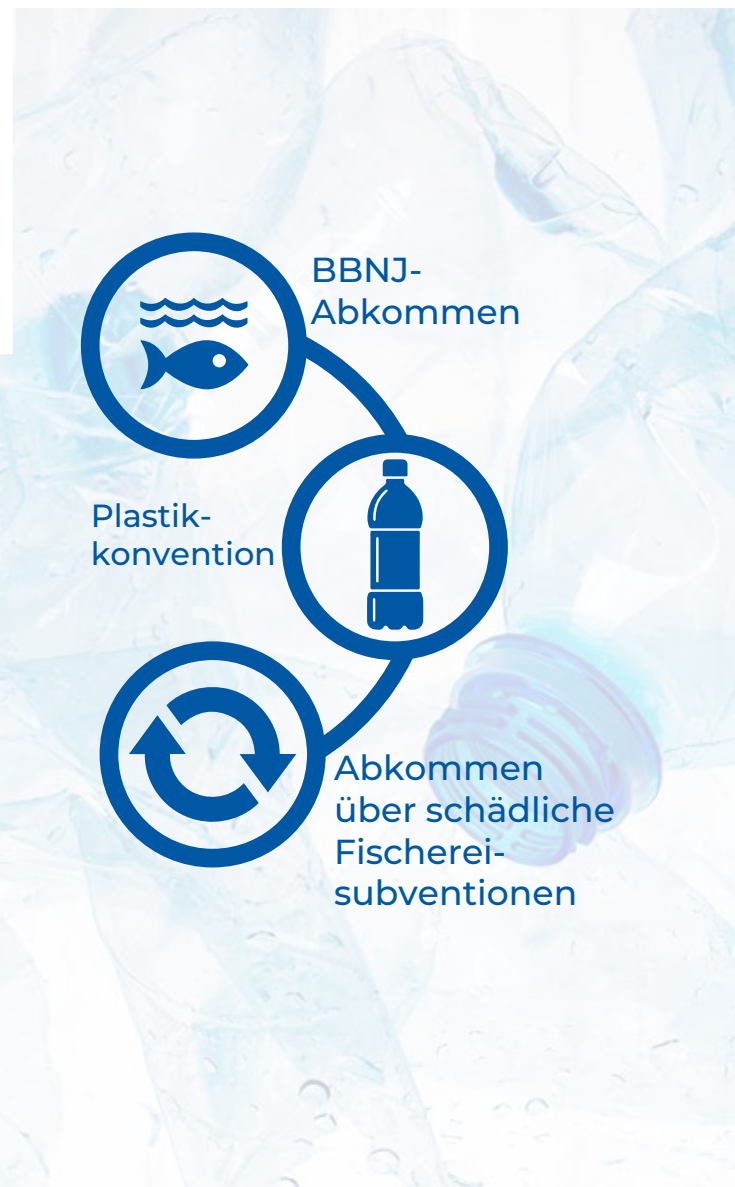
A Ehrgeiziger und konkreter Umweltschutz für die Ozeane

Gesunde Ozeane sind lebenswichtig für die Menschheit und die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften, die von ihnen abhängen. Die EU ist ein Vorreiter beim Schutz der Meeresökosysteme durch die von ihr erlassenen Umweltvorschriften und die ehrgeizigen Ziele, die sie sich bereits gesetzt hat: Klimaneutralität bis 2050, Verringerung der Verschmutzung durch Plastik, Maßnahmen zum Schutz der Ökosysteme und Anpassung der Industrie an diese Ziele.

- Die EVP-Fraktion unterstützt einen ausgewogenen Ansatz, damit die EU ihre Bemühungen fortsetzen kann, ohne ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Um dies zu erreichen, muss der Schwerpunkt auf der Förderung des Engagements anderer Akteure auf globaler Ebene liegen. Die EU kann den Trend nicht allein umkehren, und der Ozeanpakt ist eine Gelegenheit, alle unsere Partner und Gesprächspartner in internationalen Gremien zu überzeugen.

- Die EVP-Fraktion befürwortet die Ratifizierung des BBNJ-Abkommens (UN-Hochseeschutzabkommen) und stellt gleichzeitig sicher, dass dieser Vertrag die Interessen der regionalen Fischereiorganisationen (RFO) nicht untergräbt, die Plastikkonvention (UN) abschließt und die Bemühungen um ein Abkommen über schädliche Fischereisubventionen (WTO) fortsetzt.
- Die EVP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Kampf gegen die Verschmutzung der Meere vom Land aus und die Verschmutzung der Küstengewässer vorangetrieben wird und drängt auf die Verabschiedung weltweiter

Die EVP-Fraktion befürwortet die Ratifizierung des BBNJ-Abkommens und stellt gleichzeitig sicher, dass dieser Vertrag die Interessen der regionalen Fischereiorganisationen (RFO) nicht untergräbt, die Plastikkonvention (UN) abschließt und die Bemühungen um ein Abkommen über schädliche Fischereisubventionen (WTO) fortsetzt.



kohärenter, an die Ozeane angepasster Rechtsvorschriften für die Kreislaufwirtschaft.

- Die EVP-Fraktion unterstützt die Erklärungen von Kommissar Costas Kadios zu einer Einzelfallprüfung (auf wissenschaftlicher Basis, mit Folgenabschätzungen) der Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen in den Meeresschutzgebieten entsprechend den konkreten Bedürfnissen der Ökosysteme. Die EVP besteht darauf, dass diese Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort, insbesondere den Fischern, entwickelt werden, um unverhältnismäßige Regelungen zu vermeiden, die die lokalen Sektoren schwer treffen könnten. Die EVP-Fraktion fordert ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung invasiver Arten, zum Beispiel durch Biosicherheitsmaßnahmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die EVP-Fraktion befürwortet die einheitliche Anwendung von Umweltstandards in allen Sektoren, nicht nur für Primärerzeuger, im Einklang mit internationalen Verpflichtungen.
- Die EVP hält es für wesentlich, dass die Ziele zur Wiederherstellung der Natur mit der Kontinuität nachhaltiger wirtschaftlicher Aktivitäten vereinbar sein müssen, und fordert flexible Kriterien für ihre Umsetzung.

B Wissenschaftliche Erkenntnisse sind der Schlüssel zur Schließung der Wissenslücke

Wir wissen weniger über die Tiefsee als über die Oberfläche des Mondes: Wir müssen die Wissenslücke über Meeres- und Küstenökosysteme schließen. Die wissenschaftliche Forschung sollte dazu beitragen, willkürliche Entscheidungen bei der Steuerung menschlicher Tätigkeiten, insbesondere in der Fischerei, zu vermeiden und die Innovation und die Entwicklung der Meeresbiotechnologie zu fördern.

- Die EVP-Fraktion schlägt vor, eine Europäische Ozeanbeobachtungsstelle und eine Europäische Tiefseebeobachtungsstelle einzurichten, um die Zusammenarbeit in der EU-Forschung und -Innovation zu fördern, die meereswissenschaftliche Zusammenarbeit zu stärken und die europäischen Ozeanografie-Initiativen (Mercator, Starfish 2030, Digital Ocean Twin usw.) zu intensivieren.

- Es muss dabei der Bedarf der EU an wissenschaftlichen Projekten, die Antizipation der sich ändernden Migrationsmuster von Arten aufgrund des Klimawandels sowie die Herausforderung der Küstenerosion auf internationaler Ebene berücksichtigt werden. Daher fordert die EVP-Fraktion die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die Einstellung von Spitzenwissenschaftlern, die von der US-Regierung entlassen wurden, zu erleichtern, damit sie ihr Fachwissen in die EU einbringen können.
- Auf internationaler Ebene unterstützt die EVP-Fraktion einen Ozeanpakt, der das Übereinkommen über die biologische Vielfalt fördert, die Erforschung des Meeresbodens unterstützt und das Moratorium für den Abbau und die Ausbeutung der Tiefsee aufrechterhält. Dieses Moratorium sollte in Kraft bleiben, bis die Auswirkungen des Tiefseebergbaus auf die Meeresumwelt, die biologische Vielfalt und die menschlichen Aktivitäten auf See gründlich untersucht worden sind. Der Tiefseebergbau muss so gesteuert werden, dass er zu keinem Verlust der Artenvielfalt in den Meeren oder zu einer Verschlechterung der Meeresökosysteme führt. Die EVP-Fraktion besteht auf einer engen Überwachung durch alle EU-Delegationen in Küstendrittländern, um sicherzustellen, dass diese Delegationen über angemessene Fachkenntnisse im Bereich Fischerei und maritime Angelegenheiten verfügen.
- Die EVP-Fraktion ermutigt die Mitgliedstaaten, die in der Lage sind, ihren Festlandsockel zu erweitern, mit der Kommission an den Grenzen des Festlandsockels zu arbeiten, wie es bereits mehrere Mitgliedstaaten getan haben.
- Die EVP-Fraktion fordert auch, das Wissen über die Meere zu fördern und die Bürgerinnen und Bürger über die Rolle des Ozeans aufzuklären (z. B. mit Initiativen wie „Blue Schools“ und „Blue Erasmus“).

5. Meeresbezogene Ambitionen für die Widerstandsfähigkeit von Küstengemeinden

A Finanzielle Ressourcen für Menschen sichern

Eine angemessene Finanzierung ist wichtig, um ihren Ambitionen gerecht zu werden und ihre maritime Führungsrolle zu übernehmen.

- Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission auf, eine umfassende Analyse aller bestehenden meeresbezogenen Maßnahmen und Fonds mit dem Ziel durchzuführen, den Zugang zu EMFAF-Mitteln zu stärken und zu vereinfachen sowie die Mittel aufzustocken, insbesondere für Investitionen in die Forschung und die wissenschaftliche Zusammenarbeit, sowie die öffentliche Unterstützung für die Fischereipolitik und öffentliche Fonds wie den Innovationsfonds, Horizont Europa, ESF, STEP, EMFAF, Wettbewerbsfonds und POSEI für die Fischerei in den Regionen in äußerster Randlage zu intensivieren. Diese Mittel sind ein wichtiger Hebel und eine Garantie.
- Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission auf, den Zugang zu EMFAF-Mitteln für KMU zu erleichtern und sicherzustellen, dass angemessene Mittel für Fischerei und Aquakultur bereitgestellt werden.
- Eine weitere Priorität der EVP-Fraktion besteht darin, Investitionsmöglichkeiten anzubieten, um das für die Bewältigung der neuen sektoralen Herausforderungen erforderliche Privatkapital anzuziehen, wobei ausländische Direktinvestitionen in sensible und strategische EU-Unternehmen und wichtige Infrastrukturen wie Häfen im Rahmen des EU-Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen zu prüfen sind.
- Die EVP-Fraktion besteht darauf, die Europäische Investitionsbank als Investitionsvermittler in Projekte im Zusammenhang mit der Blauen Wirtschaft, der Dekarbonisierung oder der Aquakultur einzubeziehen.

- Die EVP-Fraktion fordert maßgeschneiderte finanzielle Unterstützungsregelungen, die der Widerstandsfähigkeit gefährdeter, von der Fischerei abhängiger Gemeinden Vorrang einräumen, einschließlich einer Übergangsunterstützung für diejenigen, die von einer Umverteilung der Quoten oder einem strukturellen Rückgang betroffen sind. Dies sollte soziale Innovation, Ausbildung und die Entwicklung von gemeinschaftsgeführten lokalen Entwicklungsstrategien umfassen, die sich darauf konzentrieren, junge Menschen zu halten und die soziale Infrastruktur zu verbessern.

B Verstärkung der Regionen in äußerster Randlage

Die AWZ der EU stützt sich weitgehend auf die Gebiete in äußerster Randlage, die der EU eine Präsenz in allen Weltmeeren ermöglichen.

- Die EVP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Regionen in äußerster Randlage für die maritime Dimension der EU von wesentlicher Bedeutung sind und dass ihr Wert entsprechend gewürdigt werden muss, und steht ihnen bei der Bewältigung der besonderen Herausforderungen gemäß Artikel 349 AEUV zur Seite. Die EVP-Fraktion unterstützt die Schaffung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Ablegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme (POSEI) für die Fischerei und die Aquakultur, ähnlich wie bei der Landwirtschaft.

Um das Überleben des Fischereisektors in den Regionen in äußerster Randlage zu sichern und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der differenzierten Behandlung kleiner Inseln und Gebiete, die im SDG 14 erwähnt werden, unterstützt die EVP-Fraktion die Erneuerung der Fischereiflotte in den Regionen in äußerster Randlage, die zur lokalen nachhaltigen Entwicklung beiträgt.





www.eppgroup.eu

